

Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungskultur und geschichtliches Erbe



PRESSEMITTEILUNG

26. März 2019

Bayerns Antisemitismusbeauftragter Ludwig Spaenle und Landesverbandsvorsitzender der Sinti und Roma Erich Schneeberger wollen gesellschaftliche Diskriminierung beenden

MÜNCHEN. „Wir wollen das Geschichtsbewusstsein für Sinti und Roma in Deutschland und Bayern stärken und mehr Begegnungsmöglichkeiten zwischen ihnen und der Mehrheitsbevölkerung schaffen“, so der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und historisches Erbe, Dr. Ludwig Spaenle, und der Vorsitzende des Landesverbandes Bayern der Deutschen Sinti und Roma heute gemeinsam in München.

Dr. Spaenle hatte deutlich gemacht: „Die staatliche Diskriminierung der Sinti und Roma in Deutschland ist zu Ende. Die gesellschaftliche Diskriminierung dagegen dauert weiterhin an. Dagegen möchte ich angehen“. Für Dr. Spaenle zählen die deutschen Sinti und Roma zu den fast ganz vergessenen Opfern der NS-Diktatur – das NS-Regime hat rund 500.000 Sinti und Roma ermordet. Bis heute seien die Sinti und Roma und das Leid, das ihnen in deutschem Namen angetan wurde, zu wenig im Bewusstsein der Bevölkerung präsent.

Spaenle wörtlich: „Die seit Jahrhunderten hier lebenden Sinti und Roma sind deutsche Staatsbürger. Sie wurden durch das NS-Regime verfolgt. Ihnen blieb die Bundesrepublik Deutschland lange die zustehende Wiedergutmachung schuldig.“ Spät haben z. B. Bundeskanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl die Schuld des NS-Regimes an den Sinti und Roma bekannt und deren Verfolgung als Völkermord anerkannt. Allerdings gebe es deutliche Anzeichen für eine Verbesserung: „Einzelne Länder wie Bayern und Baden-Württemberg haben mittlerweile in Staatsverträgen Verantwortung für die Sinti und Roma übernommen.“ Allein in Bayern leben derzeit rund 12.000 deutsche Sinti und Roma.

Landesvorsitzender Erich Schneeberger: „Minderheiten sind naturgemäß in einer schwachen Position. Wir sind auf das Funktionieren unseres Staates, unserer demokratischen Rechtsordnung angewiesen. Wir wissen, wenn unser Staat, unsere Rechtsordnung in Gefahr gerät, dann kann dies uns als Minderheit in unserer

Dr. Ludwig Spaenle, MdL, Staatsminister a.D.
Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungskultur und geschichtliches Erbe

Jungfernturmstraße 1 · 80333 München
E-Mail: Antisemitismusbeauftragter@stmbw.bayern.de
Sekretariat: Tel. 089-2186 2424; Telefax: 089-2186 2849

Pressesprecher: Dr. Ludwig Unger, Tel. 01738632709

Existenz bedrohen. Für uns hier in Bayern aber auch weit darüber hinaus war es deshalb ein wichtiges Signal für die historische Verantwortung des Staates gegenüber unserer Minderheit, dass der Freistaat Bayern am 20. Februar 2018 einen Staatsvertrag zur Umsetzung des Europäischen Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten mit unserem Landesverband als der Interessenvertretung der Bayerischen Sinti und Roma abgeschlossen hat, dem der Bayerische Landtag am 6. Juni 2018 einstimmig zugestimmt hat.“

Er ergänzte: „Angesichts des Erstarkens populistischer und nationalistischer Bewegungen hat der vor einem Jahr zwischen dem Freistaat Bayern und unserem Landesverband abgeschlossene Staatsvertrag ein unübersehbares politisches Signal der historischen Verantwortung gegenüber unserer Minderheit gesetzt. Dies ist für die Stellung der Sinti und Roma in der Gesellschaft von grundlegender Bedeutung.“

Um den Staatsvertrag mit mehr Leben zu erfüllen, schlug Dr. Spaenle vor:

- Das Geschichtsbewusstsein müsse gefördert werden. Besondere Chancen bieten sich in der schulischen wie auch der außerschulischen Arbeit mit jungen Menschen. Dazu müssten die Lehrpläne entsprechend gestaltet und das Thema auch in der Lehrerbildung stärker verankert werden.
- Mehr Begegnungsmöglichkeiten zwischen Sinti und Roma und der Mehrheitsgesellschaft seien im Alltag wichtig. Es gebe zu wenig Möglichkeiten, dass Sinti und Roma als Interessenvertreter zu Wort kommen und sich aktiv in die Gesellschaft einbringen können.

Er sei aber „zuversichtlich, dass wir in gemeinsamem Tun bestehende gesellschaftliche Diskriminierungen abbauen werden“. Der Staatsvertrag sei ein Beispiel. Weitere seien die in Vorbereitung befindliche gemeinsame Empfehlung der Kultusministerkonferenz und eine Expertenkommission, die im Auftrag des Bundestags einen Bericht über den Antiziganismus erarbeitet.

Dr. Ludwig Unger, Tel. 089-21862042 oder 0173-8632709